

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 57 (1984)

Heft: [2]

Artikel: Italiens Schule - ein Modell für Europa?

Autor: Raith, Werner

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liebe Leser

Von Reformen, von Schulversuchen ist die Rede, in Italien, in Bern, in der Westschweiz. Reformen sind nötig, in jedem System, auch im Schulsystem, innere und äussere Reformen. Die Schulen verändern heisst nicht nur die Strukturen anpassen, sondern auch die Inhalte und die Bewertungsmaassstäbe überprüfen. Der Prozess der Veränderung, der Anpassung der Schule an die neuen Bedürfnisse ist überall im Gang. Wenn früher Reformen vor allem von privaten Schulen ausging, so ist heute auch die Staatsschule in diesen Prozess eingezogen. Das scheint mir richtig so. Es entsteht dadurch eine sinnvolle Konkurrenz. Die Reformbestrebungen in der Staatsschule sind eine Herausforderung und ein Ansporn für die Privatschulen. Staats- und Privatschule sollen gemeinsam die Entwicklung der Schule fördern.

Haensler

Italiens Schule – ein Modell für Europa?

von Werner Raith

«Unglaublich», wunderte sich die römische Tageszeitung «La Repubblica», «in der Schule wird wieder gelernt.» Und der Bericht zählte auf: «Pünktlich strömen die Schüler wieder in die Klassen; die Schultore werden mit dem Klingelzeichen geschlossen, Schülerversammlungen bleiben leer, über gesellschaftliche Probleme wird nicht mehr diskutiert; stattdessen büffeln die Jungen und Mädchen verbissen Latein-Grammatik.» Ganz wohl ist allerdings dem Schulspezialisten Antonio Cianciullo bei seinen Beobachtungen auch nicht: «Mancher fragt sich mit einer gewissen Berechtigung, ob es wieder zurückgeht – in die fünfziger Jahre.»

In Italien ist die Schule wieder einmal im Gerede. Diesmal geht es jedoch nicht, wie in den sechziger Jahren, um den «grossen Aufbruch zur sozialen Einbindung der Schulen», wie die Gewerkschaftsverbände zum Beispiel 1961 bei einer grossen Demonstration forderten, sondern eher um eine «Reform der Reform» – typisches Kennzeichen der Restaurationspolitik, die mit der ersten Regierung Spadolini 1981 begann und sich ausgerechnet unter dem ersten sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi sichtbar beschleunigt. Ob die «Wende»-Politiker Italiens allerdings

Herausgeber / Editeur: Verband Schweiz. Privatschulen / Fédération Suisse des Ecoles privées

Redaktion / Rédaction: Dr. Fred Haensler, Alpeneggstrasse 1, 3012 Bern, Telefon 031 / 23 35 35

Druck / Impression: Ott Verlag+Druck AG, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22

Inserate / Annonces: Ott Verlag Thun, Postfach 22, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22

Jahres-Abonnement / Abonnement annuel: Fr. 30.– / Einzelhefte / Numéros isolés: Fr. 3.–

Erscheinungsweise / Mode de parution: Monatlich / Mensuel

die Rechnung mit den Eltern, Lehrern und Gewerkschaften gemacht haben, wird sich erst noch erweisen. Derzeit haben sie bereits massiven Widerstand gegen alles «Herumfummeln an unseren mühsam erreichten Fortschritten» (wie der Mailänder Gewerkschaftssekretär Federico Moroni mitteilt) angekündigt. Verständlich: Innerhalb von weniger als zwanzig Jahren hat das italienische Schulsystem Normen und Institutionen geschaffen, von denen die Pädagogenwelt anderswo nur träumen kann.

Noch in der Nachkriegszeit zählte das italienische Bildungssystem zu den rückständigsten im gesamten Westen. Die aus den zwanziger Jahren stammende absolute Privilegierung des humanistischen Gymnasiums wurde zwar teilweise aufgehoben, auch die von den Faschisten für die «Erziehung der Massen» vorgesehene «scuola complementare» (die nur Elementarbildung vermittelte und keinerlei weiterführenden Schulbesuch gestattete) wurde abgeschafft: Gleichzeitig aber verkomplizierten zahlreiche isolierte Modifikationen das Ganze so sehr, dass allenfalls noch Eltern, die selbst studiert hatten, überschauen konnten, mit welchem Schultyp man welchen Beruf ergreifen konnte. Untere und obere Mittelschulen, Fachschulen und Fachoberschulen, Musik- und Kunstinstitute, kaufmännische Schmalspurlabors und technische Spezialistenseminare legten schon frühzeitig die spätere Laufbahn fest; und selbst wer den – durch umfangreiche Prüfungen erschwerten – Übertritt in eine weiterführende Schule schaffte, musste sich genau überlegen, wo er eintrat, denn jeder Typ gestattete nur für einen Teilbereich das Hochschulstudium. Lediglich das humanistische Gymnasium erteilte weiterhin unbeschränkte Universitätsreife, Garant dafür, dass alles weitgehend beim alten blieb.

Zudem hatten die staatlichen Schulen durchwegs ein recht unterschiedliches Qualitätsniveau. Folge: Zahlreiche begüterte Eltern schickten ihre Sprösslinge in Privatschulen. Dazu kam auch noch ein deutliches Gefälle von Norden nach Süden – der weitgehend ländlich orientierte Bereich von Kalabrien und Sizilien wies zum Beispiel noch 1960 streckenweise Analphabetenquoten von mehr als 25% der Erwachsenen auf.

Tatsächlich gehörte die Bildungsreform zu den Sofort-Aktivitäten, denen sich die erste Mitte-Links-Koalition (aus Christdemokraten und Sozialisten) 1962 widmete, und damit begann eine Entwicklung, die in Italien, geschweige denn in Europa, kaum jemand erwartet hatte.

Oberstes Ziel war die «innere Reform» der Schule, also nicht – wie etwa in Deutschland, Schweden, der Schweiz, Österreich – prunkvolle Neubauten und teure Einrichtungen, sondern: Reform der Inhalte, der Methoden, der Einstellung der Lehrer.

Noch 1962 erfolgte dazu der erste Schritt: die Einführung einer achtjährigen Einheitsschule. Von 1963 an mussten alle Kinder gemeinsam die fünfklassige «scuola elementare» und danach die dreiklassige «scuola media» besuchen. Privatschulen wurde ihr Elite-Spielraum erheblich eingeschränkt: Sie durften nur noch dann qualifizierende Abschlüsse bescheinigen, wenn sie sich an den staatlichen Lehrplan hielten und ihren Unterricht zudem kostenlos jedem zugänglich machten, der daran teilhaben wollte.

Bereits 1970 konnten die ersten Erfolge verbucht werden: Hatten von den 30jährigen – die also vor der Reform zur Schule gegangen waren – nur ca. 45% die mittlere Reife, so besaßen von den jetzt 20jährigen bereits 92% dieses Diplom; die Analphabetenquote sank bei dieser Gruppe unter 1%. Da zu Beginn der siebziger

Arbeitgebern vertraglich absichern konnten (in den meisten Berufen kann jeder Arbeitnehmer 150 Stunden vollbezahlte «Bildungsfreizeit» nehmen) und die Regierung eine auf die Bedürfnisse bereits Berufstätiger abgestimmte «scuola media per lavoratori», eine Arbeitermittelschule, gestattete, machten mehr als eine Million Italiener den mittleren Abschluss noch nach, andere erlernten überhaupt erst Lesen und Schreiben: Die Analphabetenquote liegt nunmehr im Gesamtdurchschnitt weit unter 5%, durchaus vergleichbar etwa mit Grossbritannien (4%).

In der Pflichtschule tat sich allerdings gleichzeitig eine neue «Schere» auf. Wenn schon alle dieselbe Schule besuchen mussten, so sorgten die begüterten Eltern nun ausserhalb der Schule für Privilegierung – 1965, errechneten die Gewerkschaften, wurden mehr als umgerechnet 60 Millionen Franken für Nachhilfestunden ausgegeben.

Wieder waren es die Gewerkschaften, die sich um Abhilfe kümmerten. Als gewaltige Demonstrationen mit bis zu einer halben Million Teilnehmern nichts fruchteten, setzten sie die Kommunen unter Druck, und schon 1965 richteten die ersten Städte sogenannte «doposcuole» ein, Nachmittagsschulen, die das Verständnis des Schulstoffes fördern sollten. In manchen Gemeinden wurden damit bald bis zu 40% aller Arbeiterkinder erreicht; alleine in Bologna gab es damals mehr als 500 «Nachmittagslehrer».

Allerdings waren die pädagogischen Erfahrungen mit diesem Zusatzangebot nicht sehr ermutigend. Vielfach verkamen die Ansätze zu reiner Hausaufgaben-Beaufsichtigung, die schulische Lernfähigkeit wurde kaum gesteigert.

In zahlreichen Fortbildungskursen und Kongressen suchten vor allem jüngere Pädagogen herauszufinden, wie man es besser machen könnte. Und dann kam ihnen ein Zufall zu Hilfe: 1966 veröffentlichte die «scuola di Barbiana» den Bericht der dortigen Schüler («Die Schülerschule. Brief an eine Lehrerin») über das Experiment des – wegen seines pädagogischen und politisch-pazifistischen Engagements in ein abgelegenes Abruzzendorf strafversetzten – Pfarrers Don Lorenzo Milani.

Don Milani hatte zahlreichen Schülern, die – wegen angeblich mangelnder Begabung oder weil sie keinen Anschluss fanden – die Regelschule nicht besucht hatten, zu einem enormen gesellschaftlich-politischen Bewusstsein verholfen, aufgrund dessen sie aus freien Stücken all die «Kulturtechniken» (Lesen, Schreiben, Rechnen) nachlernten, die sie in der Schule angewidert hatten. Kernstück seiner Pädagogik: den «Kindern nur das beizubringen versuchen, was in ihrer Vorstellungs- und Lebenswelt vorkommt, und sie selbsttätig ihre Interessen finden, formulieren und befriedigen lassen». Es gab weder Lehrer in Barbiana noch Schulbücher: Die Älteren halfen den Jüngeren, Handwerk und praktische Tätigkeit standen im Mittelpunkt, als Lesestoff dienten zum Beispiel Zeitungen.

Mit einemmal hatten die italienischen Pädagogen «ihren» Weg gefunden. Insbesondere in der Nachmittagsschule, die ja nicht an staatliche Lehrpläne gebunden war, begannen viele Lehrer mit Don Milanis Methode zu arbeiten, förderten Kreativität, Entdeckungslust und Kritikfähigkeit. Konsequenz, so Giuliano Mazzini von der Enrico-Fermi-Mittelschule in Bozen: «Den Kindern gefiel nun die Nachmittagsschule so gut, dass sie am Morgen die Schule schwänzten, und mittags fröhlich zur doposcuola erschienen.» Vormittagskollegen haderten mit denen vom Nachmittag, die ihnen von den Schülern als «Vorbild» entgegengehalten wurden. So ging es also auch nicht.

Der Ausweg bestand nun darin, dass der Vormittagslehrer identisch wurde mit dem 19

vom Nachmittag: Es begann die Einrichtung von Ganztageschulen. Dazu war eine erhebliche Umstrukturierung auch der Lehrerarbeit vonnöten: Hatte früher jeder Pädagoge bis zu 12 verschiedene Klassen in seinen Fächern zu betreuen, so waren es nun in den «scuole a tempo pieno» nur noch drei bis vier, diese dafür aber an den entsprechenden Vor- und Nachmittagen. Die Schüler wurden dabei meist an drei (mitunter auch an fünf) Tagen der Woche von 8–16 Uhr betreut; Mittagessen wurde in einer Schulkantine angeboten. Heute können rund 20% aller italienischen Pflichtschul Kinder solche Schulen besuchen.

Dabei wird der obligatorische Lehrplan verbunden mit praktischen, animatorischen, kreativitätsfördernden Massnahmen, die sich nahezu ausschliesslich an den Interessen der Kinder orientieren. Erheblichen Raum in der gesamten Schulgestaltung nehmen dabei die sogenannten «Erkundungen» ein – Ausflüge in die Umgebung, etwa um Fabriken, Handwerksbetriebe, Kommunikationseinrichtungen kennen und einschätzen zu lernen; aber auch mehrwöchige Aufenthalte in ungewohnter Umgebung: Landkinder fahren zum Beispiel für einige Zeit nach Florenz, die dortigen Schüler kommen auf Bauernhöfe. Da die gesamte Organisation solcher Erkundungen (spätestens ab dem 3. Schuljahr) den Kindern übertragen wird, müssen diese sich beizeiten allerlei aneignen, spielend wird so das Briefeschreiben, Landkartenstudieren, Proviantberechnen und so weiter geübt.

Aber die Lehrer erkannten dennoch, dass noch immer Grundlegendes geändert werden musste – insbesondere um die von den Gewerkschaften, vielen Elternverbänden und der pädagogischen Forschung so stark geforderte soziale Einbindung der Schule zu gewährleisten. Vor allem zwei Aspekte traten dabei in den frühen siebziger Jahren in den Vordergrund: erstens, den Eltern der Kinder klarzumachen, was in der neuen Schule vor sich geht und sie nach Möglichkeit an der Schularbeit selbst teilhaben zu lassen; und zweitens, die Schüler von dem Leistungsdruck zu entlasten, der spätestens gegen Schuljahresende, wenn die Versetzungsexamina heranrückten, die Lernfähigkeit erheblich beeinträchtigte.

Das erste Anliegen wurde 1973 in Angriff genommen. Durch die «decreti delegati» bekamen die Eltern nicht nur durch fest vorgeschriebene Versammlungen und periodische Mitteilungen einen Einblick in die schulischen Vorgänge, sondern auch über gewählte Vertreter ein zentrales Mitspracherecht bei der Gestaltung der Schule und sogar des Lehrplanes selbst.

Der zweite Aspekt wurde dann 1977 realisiert – wiederum durch einen Gewaltakt, der im gesamten Westen einmalig ist: Im Bereich der gesamten staatlichen Pflichtschule wurden sämtliche Ziffernnoten (die in Italien von 10 = ausgezeichnet bis 1 = völlig ungenügend reichten) abgeschafft – eine Massnahme, die zwar Pädagogen in allen Ländern fordern, die aber anderwärts allenfalls in der ersten oder den beiden ersten Elementarklassen verwirklicht ist (lediglich einige Privatschulen, wie etwa die Steiner- bzw. Waldorfschulen geben überwiegend keine Noten). In Italien werden seither dreimal jährlich verbale Bewertungen ausgegeben, die über die Fortschritte, aber auch Probleme des Schülers berichten – über seine sozialen Bezüge und sein Verhalten ebenso wie über seine Neigungen und Tätigkeiten im naturkundlichen, sprachlichen oder auch praktisch-handwerklichen Bereich. «Gemessen» wird der Schüler nur an seinen eigenen Möglichkeiten – ein wenig «begabtes» Kind kann ein sehr gutes Zeugnis bekommen, wenn es ausdauernd an sich arbeitet, ein «begabtes» eine schlechte Bewertung, wenn es stinkfaul ist.

20 Auch das Versetzungsrecht wurde neu geordnet – die Gefahr der sozialen Schädigung

gung beim «Sitzenbleiben» steht derart im Vordergrund, dass heute kaum mehr 2% der Schüler nicht versetzt werden (gegenüber 12% 1975).

Beides – Aufhebung der Ziffernnoten und Erschwerung der Nichtversetzung – haben die bisher letzte, wohl spektakulärste Reform ermöglicht: Seit 1977 werden in Italien sämtliche (nicht klinikgebundenen) Behinderten in die entsprechenden Altersjahrgangsklassen der Regelschule integriert: Maximal vier «handicappati» können einer (insgesamt 15 Schüler starken) Klasse zugeteilt werden, bei der dann zusätzlich zum Klassenlehrer noch ein in Sonderpädagogik ausgebildeter Stützlehrer mitwirkt. Die Fortschritte vieler Behinderter sind enorm – und nicht nur ihre: «Es profitieren», sagt der Bozener Schulrektor Siegfried Baur, «auch die Nichtbehinderten, weil die Lehrer sie auffordern, ihren Kameraden zu helfen, und sie dabei zusätzlich den Stoff sichern.»

Dass die Schule heute trotzdem massiver Kritik ausgesetzt ist, liegt an zwei Umständen: Erstens ist es nicht gelungen, die Reformen auch auf die weiterführenden Schulen zu übertragen. Nach einer Phase der Auflockerung, wo Paukerei durch Diskussion und Wahlfreiheit ersetzt wurde, driftet die höhere Schule heute wieder ganz in das automatische Büffeln ab – und das schlägt bis in die Abschlussklassen der Mittelschulen durch, in denen ja die Aufnahmeprüfungen vorbereitet werden. Und zweitens wurde durch die systematische Mittelverknappung die Reform selbst gestoppt: Wo Geld für Stützlehrer fehlt, kann keine Integration stattfinden, wo Fortbildungsmassnahmen unterbleiben, können die Lehrer sich den aktuellen Anforderungen kaum stellen.

Dass «in der Schule wieder gelernt» wird ist also durchaus zwiespältig, und der «Repubblica»-Chronist schliesst denn auch: «Ganz eindeutig wird den Kindern gerade das ausgetrieben, was das historische Verdienst der siebziger Jahre war: soziales Bewusstsein und der Bezug zum andern Menschen.» *Basler Magazin, Dez. 1983*

Vom Schulversuch Manuel zur Manuel-Schule

Das Berner Modell einer Gesamtschule

1975 wurde in der Stadt Bern der Schulversuch Manuel gestartet, mit dem Möglichkeiten für eine *bessere Durchlässigkeit* und eine *spätere Selektion* erprobt werden sollten. Nun ist der Versuch abgeschlossen, die Ergebnisse haben offenbar befriedigt. Auf Grund eines Regierungsratsbeschlusses wird diese kooperative Gesamtschule, wie das Modell bezeichnet wird, für die Manuel-Schule als *Regelschule* zugelassen: Aus dem Schulversuch Manuel ist die Manuel-Schule geworden. Über die Versuchsergebnisse gibt ein Buch von *Erich Ramseier*, Mitarbeiter des Amtes für Unterrichtsforschung und -planung, ausführlich Auskunft.¹

Ein weiterer Gesamtschulversuch ist in Twann angelaufen, ein anderer ist unter der Bezeichnung «Bern-West» geplant, scheint aber auf erhebliche Opposition zu stossen. Das Thema der Versuche, nämlich das *Verhältnis von Primarschule und Oberstufe*, spielt in der Diskussion über die «Grundsätze zur Entwicklung des bernischen Bildungswesens» eine zentrale Rolle, über die die Berner Erziehungsdirektion letztes Jahr eine Vernehmlassung durchgeführt hat. Sie sollen zu Leitsätzen führen, die im